

Volkswagen verkauft Werk in Xinjiang aus wirtschaftlichen Gründen

Volkswagen verkauft sein Werk in Xinjiang aus wirtschaftlichen Gründen. Der Schritt erfolgt inmitten wachsender Konkurrenz im Elektromarkt und angesichts von Menschenrechtsvorwürfen in der Region.



Volkswagen hat sein Werk in Xinjiang verkauft, einer Region im nordwestlichen China, die wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht. Der Verkauf wurde aus wirtschaftlichen Gründen beschlossen. Ein Unternehmenssprecher erklärte: „Es gibt kein Geschäftsmodell für das Werk.“ Bis 2019 wurden dort Verbrennungsmotorenfahrzeuge produziert. Seitdem dient das Werk effektiv als Vertriebszentrum für in anderen Fabriken hergestellte Modelle.

Steigender Druck durch elektrische Fahrzeuge

Der Sprecher verwies auf den „großen Druck“ durch wettbewerbsfähige Automobilhersteller, die Elektrofahrzeuge in großen Mengen produzieren. Volkswagen müsse „die Transformation seines Produktionsnetzwerks beschleunigen“, da die Nachfrage nach Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren rückläufig sei. Der Absatz von Elektroautos steigt in vielen Ländern, und in China könnten sie in diesem Jahr bereits bis zu 45 % des gesamten Fahrzeugverkaufs ausmachen, wie die Internationale Energieagentur berichtet.

Verkauf des Werks in Xinjiang

Der Verkauf des Werks erfolgt im Rahmen eines Joint Ventures mit dem chinesischen Unternehmen SAIC Motor. Volkswagen gab den Verkauf in einer **Pressemitteilung** bekannt. Dieser Schritt kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die US-Regierung und Menschenrechtsorganisationen China seit Jahren beschuldigen, **Zwangsarbeit** und andere Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren, eine muslimische Minderheit, in Xinjiang zu praktizieren.

Menschenrechtsvorwürfe und internationale Berichte

China hat wiederholt vehement alle Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen in der Region zurückgewiesen. Ein Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte aus dem Jahr 2022 stellte fest, dass China „schwere Menschenrechtsverletzungen“ gegen Uiguren in Xinjiang begangen hat, die möglicherweise „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ darstellen. 2018 wurde die chinesische Regierung beschuldigt, mindestens 800.000 – und möglicherweise mehr als 2 Millionen – Uiguren und Angehörige anderer muslimischer Minderheiten in Internierungslagern festzuhalten.

Widersprüchliche Aussagen zu

Arbeitsbedingungen

Volkswagen sieht sich Kritik von Menschenrechtsaktivisten ausgesetzt, die das Werk in Xinjiang anprangern. Das Unternehmen erklärt jedoch, es gebe keine Anzeichen dafür, dass Zwangsarbeit in dieser Fabrik stattgefunden habe. Ein Besuch von Führungskräften im Februar 2023 habe „keine Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen oder weitreichende Probleme mit den Arbeitsbedingungen“ gegeben. Ein im vergangenen Jahr durchgeführter **Audit** fand ebenfalls keine Anzeichen für Zwangsarbeit in der Fabrik. Allerdings berichtete die Financial Times im September, dass das Audit internationalen Standards nicht entsprochen hätte.

Wachsender Wettbewerb und Standortprobleme

Auf das FT-Artikel angesprochen, erklärte ein Volkswagen-Sprecher gegenüber CNN, dass „Volkswagen stets die gesetzlichen Anforderungen in seinen Kommunikationen einhält. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Täuschung von Investoren oder der Öffentlichkeit.“ Zudem hat der deutsche Automobilhersteller mit steigendem Wettbewerb in China zu kämpfen, dem größten Markt für Personenkraftwagen, da lokale Hersteller die Produktion und den Verkauf von Elektrofahrzeugen stark ausgebaut haben. Auch in Deutschland gibt es Herausforderungen: Volkswagen kündigte an, „mindestens“ drei Werke im Land schließen und zehntausende Mitarbeiter entlassen zu wollen. Diese Schließungen wären die ersten in der 87-jährigen Unternehmensgeschichte auf deutschem Boden.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at